
Bericht

Nach dem Washingtoner Gipfel und dem INF-Vertrag Zu den Perspektiven der Friedensbewegung

1. Dem Jahr 1987, in dem am 8. Dezember der Vertrag über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen ab 500 km Reichweite unterzeichnet wurde, wird der Ehrentitel „historisch“ kaum mehr zu nehmen sein. Nach anfänglicher Verwirrung - manch lieb-gewordenes Feindbild stimmt jetzt nicht mehr ganz - ist sich die weltweite Friedensbewegung in der Einschätzung dieses Vertrages einig geworden: ein richtiger, vielleicht entscheidender Schritt, weil es der erste Schritt weg vom Abgrund ist. Folgerichtig hat das „Bulletin of the Atomic Scientists“ seine „Weltuntergangsuhr“ am 18. Dezember von 23 Uhr 57 (so war sie seit Dezember 1983, dem Beginn der Nato-„Nachrüstung“, eingestellt) auf 23 Uhr 54 zurückgestellt. Wir haben drei Minuten gewonnen, es ist sechs vor Mitternacht - ein treffendes Bild, weil es den Gewinn deutlich macht, aber zugleich zeigt, daß die Situation immer noch gefährlich ist und kein Anlaß zum Jubel besteht.

So gesehen ist der „historische Durchbruch“ vor allem ein symbolischer; er ist ein Erfolg vor allem dadurch, daß er überhaupt möglich wurde. Ob jetzt nun drei bis vier Prozent der nuklearen Vernichtungskraft von 16 000 bis 18 000 Megatonnen in den nächsten 3 Jahren verschrottet werden sollen oder ob es sich „sogar“ um acht Prozent handelt¹: Was übrig bleibt, reicht allemal zur zig-fachen Weltvernichtung - die Fähigkeit der Supermächte zur Menschheitsausrottung wird sich vom 67fachen dieser Potenz auf das 62- bis 64fache reduzieren. Wichtiger als der militärisch-materielle Gehalt des Abkommens ist seine atmosphärische Wirkung: „Kooperation statt Konfrontation“ - dieses Motto des 5. Weltkongresses der damals noch allgemein belächelten Ärzte für die Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW) in Budapest (Juni 1985) wurde von Ronald Reagan in Washington zitiert, von Hans-Dietrich Genscher am 10. Dezember 1987 im Bundestag wiederholt und von Franz-Josef Strauß bei seinem Moskau-Besuch Ende 1987 bekräftigt: „Die Nachkriegszeit ist jetzt zu Ende gegangen. Ein neues Kapitel ist aufgeschlagen worden. Wir wollen uns auf der ersten Seite für Kooperation und gegen Konfrontation eintragen.“²

2. Es ist schon fast anmaßend, wenn der Bundeskanzler das Washingtoner Abkommen sozusagen als Ergebnis seiner Politik feiert (besser freilich, als wenn er daran herummäkeln würde wie sein Herzensfreund Mitterand). In seinem Kommentar zum Washingtoner Gipfel rühmte er die Bundesregierung als Geburtshelfer des Abkommens und lobte ihr unbeirrtes Festhalten an Nato-Doppelbeschuß und „Nachrüstung“. In der Neujahrsansprache fehlten dann solche markigen Töne: Offenbar hatten seine Medienberater herausgefunden, daß viele Mitbürger sich durchaus noch daran erinnern, daß gerade die Kanzlerpartei bis August 1987 immer wieder versuchte, mit dem hartnäckigen Beharren auf „unseren deutschen Pershing-1-A-Raketen“ einen Stolperstein auf den Weg nach Washington zu legen. Erst der demoskopische Nachweis, daß eine wöchentlich wachsende Bevölkerungsmehrheit solche Halsstarrigkeit mißbilligte, führte wohl zum plötzlichen Einlenken des Kanzlers (der sich bewußt war, daß seine Partei 1987 sowohl bei der Bundestagswahl wie bei vier von fünf Landtagswahlen erheblich an Stimmen eingebüßt hatte).

¹ So Klaus Wittmann vom Londoner Institut für Strategische Studien, Süddeutsche Zeitung vom 10.12.1987.

² Süddeutsche Zeitung vom 31.12.1987.

Ernster zu nehmen als solche eher taktischen Winkelzüge ist jenes andere Argument, daß nicht nur der Kanzler im Fernsehen, sondern auch die Leitartikel konservativer Zeitungen im Dezember landauf, landab verkündet haben: Nicht die Friedensbewegung, sondern der mit der „Nachrüstung“ Ende 1983 vollzogene Nato-Doppelbeschluß von 1979 habe das Washingtoner Abkommen möglich gemacht. Eine argumentationsstarke, selbstkritische Friedensbewegung - und eine andere wird nicht überleben - tut gut daran, sich mit dieser These fundiert auseinanderzusetzen.

3. Wie kamen die neuen Waffen überhaupt in die Bundesrepublik? „Der von Anfang an der Zustimmung seiner Partei Ungewisse Schmidt hatte zunächst gehofft, seine Haltung plausibler machen zu können, indem er die Pershing II als Gegenwaffe zur Ausbalancierung der SS 20 ausgab -was dann zum Umkehrschluß führte, ein Verzicht Moskaus auf die SS 20 mache die Nachrüstung der Nato überflüssig. Mit der Wahrheit aber hatte weder das eine noch das andere etwas zu tun“ - so schrieb Karl Feldmeyer in einem Leitartikel der FAZ³ alle diesbezüglichen Analysen der Friedensbewegung nachträglich bestätigend. In der Tat: Nicht der SS 20 wegen sind die neuen Waffen bei uns stationiert worden, sondern um eine vermeintlich notwendige „Schicksalsgemeinschaft“ innerhalb des Bündnisses zu verwirklichen - eine von Helmut Schmidt konzipierte Idee, die in den USA zunächst durchaus nicht auf Gegenliebe stieß (was sich dann änderte, als die „Falken“ in der ersten Reagan-Administration sich für eine Option auf atomare Kriegsführung erwärmten, die die Abschreckung „fortentwickeln“ soUe).

Als dann die Durchführung der Nachrüstung aber auf den energischen Widerstand einer weltweiten Friedensbewegung stieß und auch von der Mehrheit der Bevölkerung in der Bundesrepublik abgelehnt wurde, schlug die Geburtsstunde der Null-Lösung. Wiederum sei die FAZ⁴ zitiert: „Warum aber haben die Amerikaner die Null-Lösung denn vorgeschlagen, wenn sie ihre Annahme durch die Sowjets nur befürchten, nicht aber wünschen konnten? . . . Das Angebot einer Null-Lösung, also des Verzichtes auf amerikanische Mittelstreckenraketen in Westeuropa als Gegenleistung für einen sowjetischen Verzicht auf die SS-20-Raketen war der letzte Schritt, den die Nato tun konnte, um dem damaligen Bundeskanzler Schmidt das Durchsetzen der Nachrüstung zu erleichtern.“

Die „Durchsetzung der Nachrüstung“ erfolgte dann unter einem anderen Kanzler, aber immerhin: „Die demonstrieren, wir regieren“ kommentierte im Herbst 1983 ein Beamter des Innenministeriums. Diese Hybris erwies sich als kurzsichtig, denn die politische Atmosphäre hatte sich nachhaltig geändert - nicht nur im Westen.

Auf die begonnene Raketenstationierung reagierte die Sowjetunion zunächst damit, daß sie die Genfer Verhandlungen platzen ließ und 1984 mit der Nach-Nach-Rüstung begann, die noch einem klassisch-militärischen Gleichgewichtskalkül folgte. 15 Monate blieb alles in der Schwebe, dann änderte sich alles von Grund auf: Schon kurz nach dem Amtsantritt Michael Gorbatschows sahen sich verblüffte Nato-Politiker mit einem Abrüstungsvorschlag nach dem anderen konfrontiert. Diese Reformbewegung in der UdSSR ist freilich nicht alleine einem als deus ex machina agierenden Gorbatschow zu verdanken, sondern letztendlich einer breiten, früher freilich eher verborgenen Strömung, die nicht zuletzt von sowjetischen IPPNW-Ärzten mitgetragen worden ist. Der russische IPPNW-Mitbegründer und jetzige Gesundheitsminister der UdSSR, der seinerzeit vom CDU-Generalsekretär anlässlich der Nobelpreisverleihung an die internationale Ärztesföderation so heftig gescholtene Kardiologe Professor Tschasow verdient es, als Wegbereiter des „Neuen Denkens“ besonders genannt zu werden.

3 Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.2.1986.

4 Ebenda.

Wegbereitend für das Washingtoner Abkommen dürften auch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der USA gewesen sein, die den neuen US-Verteidigungsminister Carlucci dazu bewogen haben, den Militäretat der USA um rund 10 Prozent zu kürzen⁵, mittlerweile ist von der einzusparenden Summe von 33 Milliarden Dollar die Rede⁶. Kurzum, in einer weltpolitischen Situation, in der sich die USA wegen ihres SDI-Projektes und der damit verknüpften Unnachgiebigkeit in der Atomtestfrage zunehmend isolierte, reagierte die personell weitestgehend veränderte Reagan-Administration mit einer Flexibilität, die nur noch wenige von ihr erwartet hatten (und die in Bonn und Paris manchen sehr erschreckte), auf die Entspannungsvorschläge der Reformpolitiker im Kreml. Die ursprünglich eher demagogisch gemeinte Null-Lösung wurde wieder zum Verhandlungsziel, als die maßgeblichen Politiker der USA erkannten, daß es sehr wenig kosten, aber viel nützen könnte, die atlantische „Schichsalsgemeinschaft“ aufzukündigen. Das irritierte bundesdeutsche „Stahlhelm“-Politiker, die geradezu verzweifelt auf den „deutschen“ Pershing-1-A bestanden, aber am Gang der Dinge nichts mehr zu ändern vermochten. Es ist zu vermuten, daß ihnen die Chimäre der (bundes)deutsch-französischen „Waffenbrüderschaft“ in Zukunft als Ersatz dienen wird.

4. Vier Jahre, von 1979 bis 1984, dauerte es bis zur Stationierung der Raketen, vier Jahre haben wir sie schon im Land, und in nochmals vier Jahren sollen sie verschwunden sein, was allein für den Abbau, wie es heißt, Kosten von über 9 Milliarden Dollar verursacht. Nimmt man die Stationierungs- und Wartungskosten hinzu, von Polizeieinsätzen, Gerichtsverfahren usw. gar nicht erst zu reden, dann darf man getrost noch einmal das Fünffache hinzuzählen. Das von der Bevölkerung gar nicht gewollte Raketen-Ex-und-hopp-Theater hätte dann rund 100 Milliarden DM gekostet, fast die Hälfte des Bundeshaushalts 1988, 50 000 DM für jeden Arbeitslosen. Auch *diesen* Gesichtspunkt sollte man nicht übersehen.

Und die Friedensbewegung? Wird auch sie arbeitslos? Gewiß nicht, doch reden wir zunächst von Mentalitätsfragen. Obschon das Etikett „Die Friedensbewegung“ angesichts so vieler unterschiedlicher beteiligter Menschen eine kaum verantwortbare Abstraktion ist, sei die folgende Generalisierung gestattet: Zur Jahreswende 1983/84, bei Stationierungsbeginn, bemerkte ich bei ähnlich denkenden, „friedensbewegten“ Menschen oft eine sonderbare „Unfähigkeit, zu trauern“. Ohne über die erlittene Niederlage und deren Konsequenzen nachzudenken und zu diskutieren, ohne sich die doch sehr naheliegenden Gefühle von Ohnmacht, Wut und Hilflosigkeit ein- und zuzugestehen, gingen viele „zur Tagesordnung“ über, häufig mit einem vordergründigen „Jetzt-erst-recht“-Gefühl. In einer Art Selbstbeschäftigungs-Therapie schritt man, als sei nichts Gravierendes geschehen, zur Vorbereitung der nächsten Blockade, zur Organisation einer weiteren Menschenkette und registrierte ärgerlich-verwundert, wie das Häuflein der Getreuen allen Durchhalteappellen zum Trotze allmählich zusammenschumpfte. Dann, im Herbst 1987, registrierte ich ein komplementäres, im Grunde verwandtes Gehabe, eine Art „Unfähigkeit zur Freude“. Paranoide Ängste keimten („Da steckt etwas ganz Übles dahinter!“ - „Wenn die sich so rasch einigen, kann es nur noch schlimmer kommen!“), mischten sich mit einer seltsamen Neidproblematik („Wir haben demonstriert und blockiert, damit die Raketen wegkommen, und jetzt heimsen Reagan und Gorbatschow dafür am Ende noch den Friedensnobelpreis ein!“). All diese Reaktionen sind zum Teil verständlich und nachvollziehbar, führen aber doch in die Irre, weil sie dem destruktiven „Alles-oder-Nichts“-Prinzip verhaftet bleiben und kein Augenmaß für eigene Schwächen und Stärken kennen. Die weltweite Friedensbewegung *ist* einer der Faktoren, die am Erfolg von Washington mitgewirkt haben, und

5 Süddeutsche Zeitung vom 7.12.1987.

6 Süddeutsche Zeitung vom 5.1.1988.

Washington *ist* ein Erfolg, auch wenn Skepsis und nüchterne Abwägung geboten sind. Ein Schritt in die richtige Richtung bedeutet noch nicht das Erreichen des Zieles, kann aber dennoch entscheidend sein. Denn auch die weiteste Reise beginnt mit dem ersten Schritt.

5. Noch sind die Raketen nicht abgezogen. Pikanterweise mußte zunächst einmal zugegeben werden, daß in der Bundesrepublik rund 10 Prozent mehr Pershing-II-Raketen stehen als immer behauptet wurde: nämlich 120 und nicht 108. Auf Seiten der UdSSR gibt es hingegen nur 405 SS 20 statt der vom Westen behaupteten 441. Das diese Zahlen enthaltende, dem INF-Abkommen als Zusatzprotokoll beigefügte „Memorandum of Understanding“ sollte zunächst geheim bleiben, damit nicht „Terroristen oder andere Unbefugte sich die darin enthaltenen Informationen zunutze machen könnten“⁷; erst als der US-Wissenschaftler William Arkin mit einer unautorisierten Veröffentlichung drohte, wurde das Memorandum publiziert. Arkin interpretiert diese Geheimniskrämerei sicher zu Recht mit der Furcht, die wahren Zahlen könnten zeigen, „daß die USA seit Jahren die eigene Rüstung unter- und die sowjetische übertrieben haben.“⁸

Freilich wird es noch mancherorts ein Nachspiel geben - so hatte der Frankfurter Magistrat auf *eine* Anfrage der *Opposition* am 11. März 1985 rundweg bestritten, daß in der US-Kaserne Frankfurt-Hausen Pershing-II-Teile gelagert seien. Erst durch das „Memorandum of Understanding“ kam ans Licht, daß dem sehr wohl so gewesen ist. Es wird einer der künftigen Aufgaben der Friedensbewegung sein, solche Fälle von Lug und Trug nicht einfach verjähren zu lassen⁹. Im einzelnen werden zu beseitigen sein¹⁰: 859 Mittelstreckenwaffen auf Seiten der USA und 1 752 auf Seiten der UdSSR. Wichtiger noch ist der Blick auf das verbleibende Nukleararsenal, das 7 903 Sprengköpfe auf

1 641 Trägerwaffen der USA und 9 098 Sprengköpfe auf 2 385 Trägerwaffen der UdSSR umfaßt¹¹ - alleine was die strategischen Atomwaffen anbetrifft. Es ist leicht nachzuvollziehen, daß eine Halbierung der Arsenale zwar einen großen Schritt vorwärts bedeuten würde, aber immer noch eine restliche Vernichtungskapazität unangestastet läßt, die so nicht hingenommen werden kann.

Atomwaffen wie diese werden getestet, und jene, die noch hinzukommen sollen, erst recht. Wie bereits erwähnt, zeigte die Reagan-Administration angesichts des einseitigen sowjetischen Test-Moratoriums von August 1985 bis Februar 1987 trotz weltweiten Drucks keinerlei Konzessionsbereitschaft. Die lange Zeit behauptete Unüberprüfbarkeit eines Teststopp-Vertrages (Comprehensive Test Ban-Treaty = CTBT) kann heute, insbesondere angesichts der nun wohl hinreichend bewiesenen Bereitschaft der Sowjetunion zu Vor-Ort-Inspektionen, als Zwecklüge gelten. Der wahre Grund für die Unnachgiebigkeit der USA in Sachen Atomwaffentests ist das SDI-Programm. „Über 100 Atomtests geplant“ meldete die Frankfurter Rundschau am 24. April 1986 zu den Plänen der USA, und die Süddeutsche Zeitung hatte zwei Tage zuvor berichtet: „Nach einer am Montag in der New York Times veröffentlichten Analyse von Wissenschaftlern des Forschungsinstitutes Los Alamos in New Mexiko sind bis zu 200 Nukleartests nötig, um neue Weltraumwaffensysteme gründlich zu erproben . . . Der Wissenschaftler Thomas Cochran sagte: ‚Für mich hat nur eines davon eine wirkliche Chance, der Röntgenlaser.‘⁵ Unter Hinweis auf die SDI-Forschungen haben die USA einen Anschluß an das sowjetische Atomtest-Moratorium abgelehnt.“¹²

7 Süddeutsche Zeitung vom 11.12.1987.

8 Ebenda.

9 Zu den Einzelheiten: Frankfurter Rundschau vom 6.1.1988.

10 Nachzulesen in: MEDIATUS 12/1987.

11 Vgl. Der Spiegel 50/87 und eigene Berechnungen.

12 Süddeutsche Zeitung vom 22. 4.1986.

Was die Gesamtzahl der Atomtests betrifft, klaffen die Zahlen des National Defence Research Institute¹³ und des Center for Defense Information (USA) auseinander:

Atomtests bis 31.12.1985	NDRI/Schweden:	CDI/USA:
USA	773	799
UdSSR	556	604
Frankreich	127	141
GB	37	39
China	29	30

Für die Folgejahre werden identische Werte angegeben, und zwar:

1986:	USA 12 Tests	UdSSR 0
1987:	USA 15 Tests	UdSSR 23

Der Kampf für einen Atomteststopp und ein dieses Verbot weltweit absicherndes Vertragswerk bleibt eine Hauptaufgabe der Friedensbewegung. Die Bedingungen hierzu sind besser geworden, denn wenn international über drastische Einschnitte in das Vernichtungspotential verhandelt wird, ist es nicht mehr leicht, die Entwicklung und Erprobung neuer Atomwaffen glaubhaft zu vertreten. Außerdem ist die SDI-Euphorie in den USA stark geschwunden, und die Finanzierung des Projektes scheint fragwürdiger denn je. Im übrigen hat die UdSSR wiederholt erklärt, jederzeit einem neuen Moratorium beizutreten, an dem sich auch die USA beteiligen.

Die Möglichkeit, auf die Politiker Druck auszuüben, hat sich verbessert. Zugleich wächst die Dringlichkeit, der internationalen Verbreitung von Atomwaffen entgegenzuwirken - auch hierzu ist ein Testverbot der beste Weg.

Der Atomwaffensperrvertrag läuft 1995 aus. Die „Schwellenländer“ Argentinien, Brasilien, Indien, Israel, Pakistan und Südafrika haben den Vertrag bisher *nicht* unterzeichnet (im Gegensatz zu Libyen, Iran und Irak), ihre Atomanlagen stehen nicht unter internationaler Kontrolle, und einige dieser Länder verfügen definitiv über Atomwaffen - das „Bulletin of the Atomic Scientists“ schätzt für Südafrika 10 bis 15, für Israel gar 100 bis 200 Sprengköpfe. Die sich anbahnende „horizontale Proliferation“ ist natürlich kaum einzudämmen, solange sich die Supermächte nicht auf eine Reduzierung ihrer Arsenale einigen können und schließlich die Ächtung aller Atomwaffen beschließen. Wenn der Außenminister Nigerias (wie im September 1987 geschehen) als Gegengewicht zum Potential Südafrikas die „schwarze Atombombe“ fordert, so ließe sich dieser verhängnisvolle Schritt weit glaubhafter kritisieren, wenn die Großmächte ihrerseits bereits dem Teufelskreis von Rüstung, Nachrüstung, Nach-Nach-Rüstung etc. ein Ende bereitet hätten.

Vor 25 Jahren, am 5. August 1963, wurde in Moskau der Vertrag über ein Verbot der Atomtests zu Lande, zu Wasser und im Weltraum unterzeichnet - jener Vertrag, den Albert Schweitzer in seinem berühmten Brief an Präsident Kennedy als „eines der größten, vielleicht das größte Ereignis der Weltgeschichte“ bezeichnet hat. Die Föderation der Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges hat ihre rund 170 000 Mitglieder in 55 Ländern dazu aufgerufen, sich vom Jahresanfang bis zum August 1988 an einer Kampagne für einen vollständigen Teststopp und seine vertragliche Absicherung zu beteiligen. Selbstredend ist das nicht alleine Angelegenheit der Ärzte - jeder friedliebende Mensch wird sich für dieses Ziel engagieren, das unserer Arbeit in den nächsten sieben Monaten eine klare Zielrichtung verleiht.¹⁴

¹³ Vgl. Bastian, T., Die Friedensbewegung und die Fortführung der Atomwaffentests, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 5/1987, S. 600.

¹⁴ Informationsmaterial hierzu kann angefordert werden bei der IPPNW-Geschäftsstelle, Bahnhofstraße 24, 6501 Heidesheim.

6. Aufklärungsarbeit für und politischer Druck in Richtung auf ein vertraglich abgesichertes, internationales Verbot aller Atomtests stecken ein Nahziel der Friedensarbeit in unmittelbarer Zukunft ab. Hierfür wird jedoch um so besser einzutreten sein, wenn auch die Tiefenstruktur der Frage „Kriegsvorbereitung oder Friedenspolitik“ beachtet wird. Die Logik der Abschreckungsdoktrin steht *insgesamt* in Frage¹⁵ - jene Politiker des Westens, die vor dem Schreckgespenst der „Denuklearisierung“ warnen, ein atomwaffenfreies Europa für unmöglich halten, trotz entsprechender Initiativen insbesondere von Seiten der DDR, und auch eine Null-Lösung für Kurzstreckenraketen ablehnen - sie beweisen letztlich, wie konservativ und abrüstungsfeindlich ihr Denken und Handeln nach wie vor bleibt. Auch in dieser Beziehung hört man im Osten inzwischen auch andere Töne: Während der französische Premier Jacques Chirac verkündet: „Abschreckung muß effektiv sein“ und den Westdeutschen demagogisch ein vermeintlich sicheres Plätzchen unter dem französischen Nuklearschirm anbietet,¹⁶ wurde kurz zuvor aus der UdSSR berichtet: „Die Sowjetunion überdenkt nach Aussage des Politbüro-Mitglieds Jegor Ligatschow Opportunität und Nutzen der nuklearen Abschreckung“¹⁷. Pikanterweise tat Ligatschow diese Äußerung ausgerechnet bei einem Treffen mit Jacques Chirac, dem er offenbar nicht zu besserer Einsicht hatte verhelfen können.

Ob in ihrer atlantischen oder in ihrer deutsch-französischen Variante: Die Abschreckungsdoktrin, die *Lehre vom atomaren Selbstmord*, muß grundsätzlich widerlegt und geistig überwunden werden - ähnlich wie vor 250 Jahren die Theorie vom „Gottesgnadentum“ des absoluten Herrschers, deren Aushöhlung durch Montesquieu, Rousseau, Voltaire und andere eine der wichtigsten Voraussetzungen der französischen Revolution und der modernen Demokratie bildete. Freilich muß dabei vermieden werden, sich als Ausgleich für die atomare Abrüstung eine „konventionelle“ Aufrüstung einzuhandeln. Forderungen wie die nach Einfrieren oder gar Kürzen des Militäretats werden in Zukunft an Gewicht gewinnen, insbesondere angesichts zunehmender wirtschaftlicher Probleme, steigender sozialer Spannung und wachsender „neuer Armut“ in der nächsten Zeit. Tiefergreifend tut es not, die Vorstellung zu verbreiten, daß die Option auf kriegerisches Handeln in Europa in *jeder Hinsicht* überlebt ist und daß politische Ziele in diesem dichtbesiedelten, hochindustrialisierten Ballungsraum mit militärischen Mitteln nicht mehr durchgesetzt werden können - es sei denn, es würde Massenmord und Massenselbstmord erstrebt: Hätten im 2. Weltkrieg die heute vorhandenen Atomkraftwerke schon in Mitteleuropa gestanden, wäre es heute noch nicht wieder bewohnbar, und ein Flächenbombardement der Farbwerke Hoechst oder der Fabriken von Bayer Leverkusen hätte jederzeit den totalen chemischen Krieg zur Folge.

Über all diese Erwägungen hinaus gibt es für die Friedensbewegung in der Bundesrepublik einen besonderen Anlaß - wenn nicht eine Verpflichtung - sich des Themas Krieg und Frieden voll und ganz, weit über jede Raketenzählerei hinausgehend, anzunehmen. Zum fünfzigsten Mal jährt sich bald jener schreckliche 1. September, von dem an deutsche Truppen die halbe Welt mit dem bisher blutigsten aller Kriege überzogen. Es wird eine der dringlichsten Aufgaben der Friedensbewegung sein, im bewußten Sich-Erinnern, im geistig-seelischen Nachvollzug jener grausamen Jahre die Bausteine einer *gelebten Friedenskultur* zu entwickeln: der beste Beitrag, den wir Deutschen zur weltweiten Ent-Rüstung liefern können.

15 Vgl. hierzu: Bastian, T., Abschied von der Abschreckung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 9/1987 S. 1196 ff.

16 Süddeutsche Zeitung vom 14.12.1987.

17 Süddeutsche Zeitung vom 3.12.1987.

Daß sich der Blick dabei insbesondere nach Osten zu richten hat, ist wohl einleuchtend. Wir sollten Franz-Josef Strauß beim Wort nehmen und uns alle in ein neues Kapitel der deutsch-sowjetischen Beziehungen eintragen. Die Seiten sind aufgeschlagen; es sollte nicht dem Wankelmut von Politikern überlassen bleiben, wie sie beschriftet werden. Die Geschichte des Washingtoner Abkommens zeigt, daß diese die erklärte Meinung der Bevölkerungsmehrheit nicht über Jahre hinweg ohne weiteres übergehen können. Der Druck auf „Entspannung und Völkerverständigung“ von unten muß anhalten und wachsen.

Vor dreißig Jahren, vom 28. bis 30. April 1958, wurden die berühmten Osloer Rundfunkvorträge des Arztes und Friedensnobelpreisträgers Albert Schweitzer gesendet. Sie sind aktueller denn je: „Das Bewußtsein, daß wir miteinander Menschen sind, ist uns in Kriegen und Politik abhanden gekommen. Wir kamen dazu, miteinander nur noch als Angehörige verbündeter oder gegnerischer Völker zu verkehren und in den sich daraus ergebenden Ansichten, Vorurteilen, Zuneigungen und Abneigungen gefangen zu bleiben. Nun heißt es wiederentdecken, daß wir miteinander auch Menschen sind und uns zu bemühen haben, uns gegenseitig zuzugestehen, was in dem Wesen des Menschen als moralische Fähigkeit vorhanden ist. So können wir uns zu dem Glauben erheben, daß auch in Angehörigen anderer Völker das Bedürfnis eines neuen Geistes wach werden wird, wodurch wir beginnen werden, für einander wieder vertrauenswürdig zu sein.“

Dr. Till Bastian, Mainz